

**Manuel Rojas**

**Die KDV möge beschließen:**

**Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Ergänzungsänderungsantrag Ini-Auftrag: “Stärke des Rechts” anstatt “Recht des Stärkeren”: für eine unmissverständliche Positionierung der Bundesrepublik Deutschland als Verteidigerin einer völkerrechtsgebundenen internationalen Politik**

1 7. Auch im Kontext der aktuellen Regime-  
2 Change-Debatte ist eine klare Positionierung  
3 notwendig, die das völkerrechtswidrige Vor-  
4 gehen der USA und Israels ablehnt und zu-  
5 gleich die systematische Gewalt und Repres-  
6 sion der iranischen Diktatur gegen die eige-  
7 ne Bevölkerung seit Januar 2026, infolge de-  
8 rer Schätzungen zufolge mehrere zehntau-  
9 send Menschenleben gefordert wurden, un-  
10 missverständlich verurteilt und die Stärkung  
11 von Zivilgesellschaft und demokratischer Op-  
12 position in den Mittelpunkt stellt.

13 Die Bundesregierung wird aufgefordert,  
14 ressortübergreifend eine internationale  
15 strategische Planungsgruppe unter Ein-  
16 beziehung bestehender Instrumente des  
17 Welternährungsprogramms der Vereinten  
18 Nationen (WFP) sowie der Ernährungs- und  
19 Landwirtschaftsorganisation der Vereinten  
20 Nationen (FAO) und weiterer internationaler  
21 Strukturen einzurichten und strategisch  
22 auszubauen, um die außenpolitische Hand-  
23 lungsfähigkeit Deutschlands und der EU  
24 angesichts der absehbaren Folgen des  
25 Konflikts auf das Welternährungssystem,  
26 insbesondere durch Preissteigerungen und  
27 die Verknappung von Düngemitteln, sowie  
28 der entstehenden humanitären Folgen des  
29 Konflikts vorausschauend zu stärken.

30 9. Wir wollen auf eine klare Positionierung  
31 der Bundesregierung im Rahmen der laufen-  
32 den Haushaltsberatungen der EU zum Mehr-  
33 jährigen Finanzrahmen 2028 bis 2034 (MFR)  
34 mit dem Ziel einer deutlichen Stärkung der  
35 humanitären Hilfe, Krisenprävention und Sta-  
36 bilisierung in betroffenen Regionen in der  
37 Haushaltspolitik „Global Europe“ hinwirken.  
38 Hierfür soll sich die Bundesregierung im Rah-

39 men der laufenden MFR-Verhandlungen für  
40 zusätzliche Eigenmittel einsetzen und ih-  
41 re ablehnende Haltung gegenüber Instru-  
42 menten der gemeinsamen Kreditaufnahme  
43 und Eurobonds, auch außerhalb des Verteidi-  
44 gungsbereichs, überprüfen.

45 Der Schutz des Völkerrechts erfordert neben  
46 militärischen Fähigkeiten ebenso gezielte In-  
47 vestitionen in humanitäre Hilfe, Krisenprä-  
48 vention und die Stabilisierung betroffener Re-  
49 gionen.

50 10. Der Schutz des Völkerrechts nach außen  
51 muss sich glaubwürdig im Schutz der Men-  
52 schenwürde nach innen widerspiegeln, ins-  
53 besondere für Menschen, die aus Kriegsge-  
54 bieten fliehen müssen.

55 Zu diesem Zweck sollen in Berlin und  
56 weiteren Bundesländern mit SPD-  
57 Regierungsbeteiligung gezielt Landes-  
58 aufnahmeprogramme für Angehörige von  
59 in Deutschland lebenden Personen aus den  
60 durch den Konflikt betroffenen Regionen,  
61 u. a. Iranerinnen und Iraner, Libanesinnen  
62 und Libanesen sowie Irakerinnen und Iraker,  
63 geschaffen werden.

64 Die Bundesregierung und die Regierungsfrak-  
65 tionen im Bundestag werden aufgefordert,  
66 im Rahmen der Haushaltsberatungen zum  
67 Bundeshaushalt ausreichend Mittel bereitzu-  
68 stellen, um Länder und Kommunen bei der  
69 Unterbringung, Versorgung und Integration  
70 von Schutzsuchenden nachhaltig zu unter-  
71 stützen und damit einen geordneten Zuzug  
72 sowie eine funktionierende Aufnahme- und  
73 Willkommensinfrastruktur sicherzustellen.